

**Votum „Für mehr Transparenz“: Veröffentlichung der Einkünfte aus Interessenbindungen;
Antrag zu Artikel 15, Grossratsgesetz**

Frau Ratspräsidentin

Werte Kolleginnen und Kollegen

Das Thema ist nicht neu. Ihr könnt euch hoffentlich erinnern: Am 4. September 2011 hat der Grosse Rat einen Vorstoss überwiesen, der die Prüfung von mehr Transparenz bei den Nebeneinkünften aus unseren Interessenbindungen verlangt. Das überwiesene Postulat beauftragte damals die Kommission, das Anliegen im Rahmen ihrer Gesetzesdebatte zum neuen Parlamentsrecht zu prüfen.

In der Vorlage fehlt nun bei Artikel 15 die entsprechende Ergänzung. Die Kommission sprach sich also dagegen aus. Deshalb stellt die SP/JUSO/PSA-Fraktion nun den entsprechenden Antrag heute im Plenum.

Ein breites Initiativkomitee von links bis rechts lancierte auf nationaler Ebene eine Initiative mit dem identischen Ziel. Kopf der Initiative, welche die Unterschriften leider jedoch nicht zusammen brachte, war SVP Nationalrat Lukas Reimann. Dies zeigt, dass unser Anliegen keine Frage von links und rechts ist.

Das Image der Politik litt arg – u.a. durch Geldflüsse zwischen Unternehmen und Politikern respektive Parteien oder durch horrenden VR-Spesen als „Nebenjobs“. Auch oder gerade weil nicht alle Vermutungen richtig sind, ist es wichtig, dass Transparenz geschaffen wird. Es geht also auch darum, dass wir das Vertrauen in die Politik und damit in uns Politikerinnen und Politiker wieder stärken können.

Daher ist die Offenlegung der Interessenbindungen sehr wichtig. So sehen Bürgerinnen und Bürger, welche Verbindungen zwischen Politik und Verbänden, Organisationen und Unternehmen bestehen.

Nebst ideeller Natur werden Bindungen vor allem entscheidend, wenn Geld fliesst und so eine noch stärkere Abhängigkeit entstehen kann. Es ist daher nichts als logisch, dass auch dies offen gelegt wird.

Aus den genannten Gründen bitte ich euch um Unterstützung des Antrags zu Artikel 15.

Merci.

Nadine Masshardt, 21. Januar 2013